



HEBAMMEN

Windeln, Wehen, Wöchnerinnen: aktuell-Redakteurin Linda Gerner hat eine freiberufliche Hebamme einen Tag lang begleitet.
► Seite 4 und 5



GENTRIFIZIERUNG

Streit um die Viehofer Straße: Zwischen Müll und Millionen-Bauten hat ein Hotelier genug. Die Investor*innen noch lange nicht.
► Seite 6

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

ESC-Party: Europa stellt sich queer

Der Eurovision Song-Contest (ESC) wird oft als Fußball-Weltmeisterschaft der schwulen Community bezeichnet. Warum also nicht mal zu einem Public Viewing gehen? Während in Homo-Metropolen wie Köln und Düsseldorf zahlreiche Übertragungen stattfanden, musste ich im Ruhrgebiet länger danach suchen. In den Räumen des KCR am Langen August in der Dortmunder Nordstadt bin ich schließlich fündig geworden. Schwulen Klischeebildern entsprach die Veranstaltung allerdings genausowenig wie der Bart von Conchita Wurst weiblichen.

Als wir den Raum mit der Großbildleinwand betreten, läuft dort gerade noch das Wort zum Sonntag. Eine Pfarrerin erzählt über Musik, Liebe, Hass, Krieg und Frieden. Davor sitzen um die zwanzig Männer aller Altersgruppen. Ich merke gleich: Wir sind hier nicht auf der laut feiernden Südtribüne gelandet, sondern irgendwo auf der Haupttribüne, wo man in Ruhe über das Spiel diskutiert. Auf der Theke ist ein kleines Buffet aufgebaut, wo es Maibowle, Häppchen und natürlich Wurst gibt. Dahinter steht Vereinsmitglied Bredy und hängt Aluminiumgirlanden auf. Der KCR ist die älteste bestehende deutsche Schwulengruppe und trägt den etwas nichtssagenden Namen „Kommunikations Centrum Ruhr e.V.“, denn zum Zeitpunkt der Gründung 1972 war es noch nicht möglich, Wörter wie „schwul“ in einen Vereinsnamen zu integrieren. 1986 wurde der KCR dann zu einem Lesben- und Schwulenzentrum erweitert.

„Fest in schwuler Hand“

Männer scheinen hier aber auch heute noch die deutliche Mehrheit zu stellen. Meine beiden Begleiterinnen sind die einzigen Frauen im Raum und nachdem wir uns Solidaritätsbärte für Conchita angeklebt haben, sind wir auch beinahe die einzigen mit Bart. Während Bredy mir an der Bar Maibowle einschenkt, erzählt er mir, dass

Conchitas Bart für ihn nichts besonderes ist: „Wer Conchita länger kennt, kennt sie nur so. In schwulen und lesbischen Kreisen ist sie ja nicht unbekannt.“ Der Barman glaubt, dass der ESC fest in schwuler Hand ist: „Er ist ein Phänomen wie Barbra Streisand oder Marianne Rosenberg: Keiner kann erklären, warum Schwule darauf stehen.“

Im überdachten Hof, wo man rauchen kann, steht ein mittelgroßer Fernseher. Willi und Uli sitzen davor. Sie sind wahrscheinlich die ältesten Besucher hier und gegenüber dem ESC wohl auch die kritischsten. „Ich fand den ESC unheimlich schrecklich“, sagt der Eine. „Nichts fällt aus dem Rahmen, höchstens äußerlich. Die Songs sind Einheitsbrei. Das ist eine visuell total überfrachtete Mischung aus Langeweile und kindischem Rumgehampel.“ Der andere ergänzt: „Wenn, dann gewinnt Conchita nur um die Russen zu ärgern.“ Willi und Uli erinnern mit ihren knallharten Kommentaren an die älteren Herren aus der Muppet Show, wirken dabei aber deutlich sympathischer.

Fast alle halten hier zu Conchita, euphorisch ist aber niemand. Slawo hat dagegen einen anderen Favoriten. Der Mittzwanziger stammt aus Polen und hält zu Donatan und Cleo, die als Landfrauen kostümiert über ihre ethnische Zugehörigkeit singen, während



Nach dem letzten Platz für Frankreichs Mustache-Song ist der Schnurrbart eigentlich offiziell out, aber das war den Beiden wohl Wurst. (Foto: aGro)

eine weitere Frau in zweideutigen Posen altertümliche Haushaltsgeräte vorführt. „Ich habe lange nicht mehr so gelacht“, meint er. „Das ist wie die russischen Omas im letzten Jahr.“ Allem Sexismus zum Trotz, oder gerade deshalb, waren wir während des polnischen Auftritts ebenfalls in schallendes Gelächter ausgebrochen. Verglichen mit der authentisch divenhaft performenden Wurst führten Donatan und Cleo eher eine groteske Karrikatur traditioneller Weiblichkeit vor.

Im Westen nichts Neues

Martin ist um die 30 und setzt sich zu uns an den Tisch. Er erzählt von einem Freund, der im vergangenen Jahr beim ESC in Malmö war und die Veranstaltung übertrieben schwul gefunden habe. Trotzdem hofft er auf einen Sieg der Wurst, der er große Chancen einräumt: „Conchita gewinnt, weil sie eine Botschaft hat, die in Westeuropa ankommt. Nicht nur bei Schwulen und Lesben, sondern auch beim breiten Publikum.“ Als schließ-

lich die Siegerin feststeht, gibt es so gut wie keinen Jubel oder Applaus. Nicht einmal eine Flasche Sekt wird aufgemacht. Verdammt. Das wirkt eher wie ein erwartbares Happy End als wie ein Befreiungsschlag. Etwas radikal Neues gibt es schließlich für die ESC-Fans nicht zu sehen. Bereits 1998 hatte ein israelischer Travestiekünstler den Wettbewerb gewonnen.

In der derzeitigen politischen Lage wird Conchitas Sieg in vielen Medien hingegen zur Sensation stilisiert. Zu gut taugt sie als Symbolfigur eines toleranten Europas, dass sich so vom homophoben Russland abgrenzen kann. Dieses Selbstbild ist allerdings reichlich schief, wenn es auf eine homo-nationalistische Selbstbeweihräucherung beschränkt bleibt, anstatt daran zu arbeiten, dass queere und Trans*-Identitäten auch real die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung bekommen, die ihnen im kitschigen Paralleluniversum des ESC längst zukommt. [aGro]

HÖMMA!**Vermüllt die Innenstadt!**

Inne WAZ stehen die letzten Tage fast täglich Berichte über meine Nachbarschaft. Die Viehofer Straße ist den Herren Hoteliers und Politikern zu dreckig, zu arm, zu kriminell. Mit der Realität hat das aber nicht viel zu tun wenn überlegst, was die alle schon fürn Geld da reingepumpt haben.

Mehr Polizei fordern kannze ja immer einfach, aber die Bullen fahren da doch heute schon alle zehn Minuten Streife. Solln die da getz neben den Zeugen Jehovas nen festen Stand aufmachen oder nen Hubschrauber einsetzen? Das wär albern, solange die richtig krummen Dinger nicht auf der Straße laufen, sondern drinnen.

Ich kann mir schon vorstellen, wie die das ausgeheckt haben. Die ganzen Politbonzen, Investoren und Berufskreativen sonnen sich da auf der Dachterasse vom Unperfekthaus, schlürfen Cocktails und spielen Gott oder zumindest mal Monopoly: Hier noch ein Haus hin, da noch zwei Hotels. Is nicht billig, kommt aber wieder rein, meinen die. Wenn das Geld reinkommen soll, müssen aber erstmal die normalen Leute wech, damit Platz für neue Leute mit mehr Knete ist.

Die Viehofer Straße ist ein friedliches, aber auch ignorantes Nebeneinander von Billigläden, Billigessen und Billigbier. Diese Nahrungskette wird nun torpediert, obwohl Kreativität den Müll braucht, damit sie sich mit dem Pfand neues Bier holen kann. Sonst kann sie sich nur noch mit Billigwodka ins Koma trinken oder Juniorpartner vom Wiesemann werden.

Machsts gut ihr Halunken, euer Bernd Trunken

TTIP: Mehr Chemie, weniger Rechte

Danke Barack! Satirische Demonstration gegen das Freihandelsabkommen in Berlin. (Foto: Gerne)

Die Europäische Union verhandelt momentan mit den USA über ein Freihandelsabkommen, das die Sozialstandards deutlich senken könnte. 460.000 Menschen haben einen Appell des Onlinenetzwerks Campact gegen das Freihandelsabkommen unterzeichnet. Auch die Gewerkschaft IG-Metal, der BUND und andere Organisationen haben sich deutlich gegen das Freihandelsabkommen ausgesprochen.

Kritik äußert sich vor allem am Hauptziel von TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership): Das Abkommen soll regulatorische „Hindernisse“ beseitigen, wie selbst Teilnehmer*innen der Gespräche bestätigen. Nach Verabschiedung des Abkommens sollen Gesetze zurückgenommen werden können, die potenzielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Das birgt mehrere Risiken: Fabio de Masi, Lehrbeauftragter für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht sowie Kandidat der Linken fürs Europaparlament, kritisiert: „Das geplante Abkommen ist ein massiver Angriff auf Demokratie, auf Arbeitnehmer*innenrechte, Verbraucher*innenschutz und die Umwelt. Es geht um fast alle Regeln und Gesetze, die Konzerne stören.“

Abbau von Arbeitsrechten

Gewerkschafter*innen kritisieren vor allem den Abbau von langfristig erkämpften Arbeitsrechten. „Die Position der Unternehmen soll auf dem Rücken der Beschäftigten gestärkt werden“, wie ein Gewerkschaftsaktivist deutlich macht. „Es geht um die Absenkung der Schutz-

mechanismen für Verbraucher und Arbeitnehmer“, sagt der IG-Metal-Vorsitzende Detlef Wetzel, im Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau.“

Eine ähnliche Position vertritt auch John Hilary, Sprecher der globalisierungskritischen Organisation War on Want. „Die Wirtschaft sieht TTIP als Chance, die Produktion dorthin zu verlegen, wo Löhne und Arbeitsrechte am schwächsten sind, und schafft so ihren eigenen Wettlauf nach unten zur Senkung von Arbeitskosten und zur Steigerung ihrer Profite“, so seine Kritik. Dies belegen auch verschiedene Studien, die die Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Löhne und Beschäftigtenzahlen untersucht haben. So kam eine Studie des Washingtoner Economic Policy Instituts zu dem Ergebnis: Die Durchsetzung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens, genannt NAFTA, habe in den USA zu einem Verlust von mehr als einer Million Arbeitsplätzen sowie zu einer deutlichen Lohnsenkung geführt.

EU-Handelskommissar De Gucht weist diese Kritik zurück. Er versprach, dass „mehr Jobs und niedrigere Preise“ entstehen sollen. Gleichzeitig musste er selbst eingestehen, dass es fast keine Zölle mehr gibt, die abgebaut werden könnten. Auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel verteidigt das Abkommen. Gegenüber der taz erklärte er, es gebe „eine Menge Vermutungen über das, was verhandelt wird, aber wenig Wissen“. Damit gab er allerdings gleichzeitig den Kritiker*innen Recht, die die Intransparenz des Abkommens kritisieren und öffentliche Verhandlungen fordern.

Auch aus dem Spektrum der Umwelt- und Naturschutzorganisationen kommt deutliche Kritik an dem Abkommen. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger sagte: „Es geht um die mögliche Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen auf unseren Äckern, um die Aufweichung von Klimaschutzmaßnahmen und um die Gefahren giftiger Chemikalien.“ Die Kritik wird in diesem Bereich von der EU-Kommission teilweise untermauert. So erklärte ein Sprecher, dass durch das Freihandelsabkommen die Belastung der Umwelt steigen wird. Hinsichtlich der Treibhausgasemissionen geht die EU-Kommission davon aus, dass TTIP zu einer Freisetzung von elf Millionen zusätzlichen Tonnen CO₂ führen wird.

Gefährdung durch Chemikalien

Zu der häufig kritisierten Gefährdung durch Chemikalien hat sich die Kommission bisher nicht geäußert. Amerikanische Agrarverbände haben allerdings deutlich gemacht, dass es für sie entscheidend ist, dass die europäischen Vorgaben zum Umgang mit Chemikalien den amerikanischen angepasst werden. Diese Forderung würde zu einer Abschaffung der REACH-Verordnung für Chemikalien führen, die dem Schutz der Gesundheit und der Umwelt vor gefährlichen Stoffen dient. REACH zwingt die Unternehmen zum Nachweis der Sicherheit von Chemikalien, bevor sie zur kommerziellen Nutzung zertifiziert werden können. In den USA dagegen ist es aktuell umgekehrt: Dort muss der Staat die Schädlichkeit nachweisen, so dass auch potentiell schädliche Produkte erst einmal auf den Markt gelangen können. []]

Wieder Streit um Beratungsstelle BackUp

Der Streit um BackUp, die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Dortmund, geht in die nächste Runde. Das ehemalige Vorstandsmitglied Dierk Borstel erhebt schwere Vorwürfe gegen den neuen Trägerverein „BackUp – ComeBack – Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.“. Seit der Umstrukturierung soll die Arbeit fast zum Erliegen gekommen sein. In den vergangenen Jahren hatten antifaschistische Initiativen die Arbeit von BackUp massiv kritisiert und zum Teil die Zusammenarbeit aufgekündigt.

Der Verein BackUp wurde 2011 gegründet, um in einer Opferberatungsstelle Hilfestellungen für Betroffene von rechter Gewalt in Westfalen anzubieten. BackUp sollte dabei Opfer und Gegner*innen von Neonazis unterstützen. Im Juni 2013 gründete sich dann der Verein „BackUp – ComeBack“. Seitdem berät der Verein auch nicht mehr nur Opfer rechter Gewalt, sondern auch Neonazis: Mit dem von der Stadt Dortmund geförderten Projekt Come Back sollte den Rechten zudem ein Ausstieg aus der Szene ermöglicht werden.

„Wohlfühlantifaschismus“?

Schon damals gab es vehemente Kritik an der Vermischung der zwei völlig unterschiedlichen Beratungsangebote unter dem Dach eines Trägers: Die gleichzeitige Beratung von Rechten und von Opfern rechter Gewalt könne einen Interessenkonflikt darstellen und sei mit dem Anspruch der parteilichen Beratung von Neonazi-Opfern unvereinbar, so die Kritik. Denn wer von rechter Gewalt traumatisiert sei, müsse sich hundert Prozent sicher sein können, dass sich der Verein nicht ebenso um das Wohlergehen der Täter*innen Sorge. Außerdem warf das Magazin „Lotta“ dem Projekt vor, „Wohlfühlantifaschismus“ für westfälische Kommunen zu betreiben, die nur ihr Image rein waschen wollten, nachdem sie eine rechte Szene in ihrer Stadt viel zu lange geleugnet hatten. Jetzt bereiten vor allem ehema-



Dortmunder Antifaschist*innen bei einer Demonstration am 30. April. Die Beratungsstelle „Back Up“ ist unter Nazi-Gegner*innen umstritten. (Foto: mac)

lige Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle Ärger. So wurde die umstrittene wissenschaftliche Leiterin, Claudia Luzar, Ende April gekündigt. In einer Stellungnahme auf Facebook gibt Luzar einen kryptischen Grund an: Es sei um „unterschiedliche Bewertungen des Rechtsextremismus in Dortmund“ gegangen. Tatsächlich war auch die Politikwissenschaftlerin Luzar Anfang 2013 von Antifaschist*innen heftig kritisiert worden (aktuell berichtete). In einem offenen Brief hatte sie damals das offene Gespräch mit Neonazis gesucht, Rechte mit Nazi-Gegner*innen auf eine Ebene gestellt und den Neonazis geraten, sie sollten zur Durchsetzung ihrer Ziele „demokratische Möglichkeiten“ nutzen. Die Beratungsstelle hatte sich damals nicht von ihrer Leiterin distanziert.

Eingebrochene Beratungszahlen?

Bereits im März hat außerdem der Politikwissenschaftler Dierk Borstel den Vorstand des Vereins verlassen. Der Professor, der an der FH Dortmund lehrt, erhebt nach seinem Ausstieg auf seinem Facebook-Profil schwere Vorwürfe gegen die Beratungsstelle. Seit Mitte 2013 sei die Zahl der betreuten Menschen eingebrochen, weil der ehrenamtlich arbeitende Vorstand sich in dieser Zeit in Vereinspolitik und parteipolitischen Ränkespielen verloren habe. Der

Verein dementiert dies in einer Pressemitteilung und verweist auf einen leichten Rückgang der Gewaltdelikte in Dortmund, ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen.

Fehlende Transparenz

Außerdem kritisiert Borstel, dass der neue Trägerverein die Zahl der Klient*innen nicht mehr veröffentlicht und damit nicht mehr transparent sei. In einer Stellungnahme entgegnet der Vorstand, dass „einfache Zahlen keine Aussage zulassen über die unterschiedliche Intensität der Fälle“. Auch die Arbeit der Beratungsstelle ComeBack, die Neonazis zum Ausstieg aus der Szene bewegen soll, kritisiert Borstel. Der Vereinsvorstand habe die Bemühungen gelähmt, sodass bis Ende 2013 kein einziger Ausstieg zustande gekommen sei. Der Verein erhebt hier seinerseits Vorwürfe gegen den Professor: „Trotz der von Prof. Borstel nicht eingehaltenen Zusage, diese Aufbauarbeit inhaltlich zu begleiten, arbeitet ComeBack professionell und ist inhaltlich mit anderen Ausstiegsberatungen vernetzt“, heißt es in der Stellungnahme des Vorstands. Zahlen, anhand derer die Arbeit und die Erfolge der Beratungsstelle nachvollzogen werden könnten, werden aber auch hier nicht geliefert – weder „einfache“, noch differenziertere.

Fest steht, dass auch Professor Borstel bei engagierten

Antifaschist*innen umstritten ist. So hatte er 2012 eine Stellungnahme veröffentlicht, die viele Neonazi-Gegner*innen verärgert hatte. Damals hatte ein breites Bündnis in Dortmund anlässlich der geplanten Neonazi-Demonstrationen am 1. September ein zehntägiges Antifacamp organisiert. Neben anderen antirassistischen Aktionen rief das Bündnis auch zur Blockade der Naziaufmärsche auf. Die Stadt hatte das Camp aber einen Tag vor der Eröffnung verboten. Dierk Borstel unterstützte das Verbot in einer Stellungnahme, in der er vor angeblich gewaltbereiten „Reisekadern“ warnte. Die Organisator*innen der Proteste sprachen von einem „Gefälligkeitsgutachten“, das nicht auf Fakten basiere, sondern lediglich das repressive Vorgehen von Stadt und Polizei rechtfertigen solle.

Angesichts all dieser Auseinandersetzungen ist weiterhin unklar, in welche Richtung sich die Arbeit des Vereins in Zukunft entwickeln wird. Mit Luzar und Borstel sind zwei umstrittene Personen aus dem Verein ausgeschieden. An dem heftig kritisierten Konzept, sowohl Täter*innen als auch Opfer rechter Gewalt von dem gleichen Trägerverein beraten zu lassen, will BackUp allerdings vorerst festhalten. Unter diesen Voraussetzungen könnte es schwierig werden, das verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. [mac]

Ein 100-Prozent Job für kleines Geld

Über die Berufsgruppe der Hebammen wurde in den letzten Monaten viel in den Medien berichtet. Die ansteigende Haftpflichtversicherung für Hebammen, die mittlerweile bei 4.480 Euro im Jahr liegt, bedeutet, dass viele ihren Beruf niederlegen müssen. Darum gab es am 5. Mai, dem Welthebammentag, zahlreiche Demonstrationen für bessere Regelungen. Aber was bedeutet es eigentlich, eine Hebamme zu sein? aktuell hat einen Tag lang eine freiberufliche Hebamme begleitet und mit Eltern über die Geburtsbetreuung gesprochen.

Hebamme Johanna Allhoff-Cramer begrüßt mich in bunter Hose und T-Shirt im Geburtshaus Soest, denn die Arbeitskleidung hier ist frei wählbar. Sie ist 24 Jahre alt und seit einem Jahr freiberufliche Hebamme. Ihre Ausbildung hat sie in Bochum gemacht und währenddessen im städtischen Dortmunder Klinikum drei Jahre praktisch gearbeitet. Nach Beendigung der Ausbildung wählte sie das Geburtshaus Soest und arbeitet dort nun mit fünf anderen Hebammen in einer ambulanten Einrichtung für Geburtshilfe. Mein erster Eindruck von dem Geburtshaus: Knallig. Aber auch die Beschreibung einer frisch-gebackenen Mutter, die ich dort treffe, passt: „Das ist wie eine andere Welt hier, so ruhig und entspannt.“

Der Arbeitstag der Hebamme ist gut gefüllt. Morgens besuchen wir drei Wöchnerinnen, also Frauen, die ein paar Tage oder Wochen

zuvor ihr Baby bekommen haben. Bei den Besuchen dreht sich Alles um die ersten gemeinsamen Tage von Kind und Mutter. Hebamme Allhoff-Cramer gibt Ratschläge und hat ein offenes Ohr für Fragen. Sie massiert den Bauch der Mutter und wiegt und misst das Kind. Auch das erste Baden des Kindes begleitet die Hebamme und gibt Tipps rund ums Stillen, Wickeln und den Alltag mit Neugeborenen. Gerade für Erstgebärende sind diese Besuche von hohem Stellenwert: „Manchmal ist es auch einfach gut zu hören, dass man etwas richtig macht. Und das von einer ausgebildeten Person und nicht nur von dem Partner“, sagt mir eine Mutter. Auch Christina Rösel, die vor drei Monaten Mutter geworden ist, schätzt die Wochenbett-Besuche: „Ich finde es super, dass Hebammen Tipps geben und keine Vorschriften machen. Sie machen Vorschläge, ohne dass man sich bevormundet fühlt.“

So entspannt und schön die Wochenbett-Besuche auf mich wirken, für die Hebamme ist diese Arbeitszeit finanziell problematisch: „Die Krankenkasse bezahlt maximal einen Wochenbettbesuch von 30 Minuten, in der Realität dauert dieser jedoch sehr viel länger. Natürlich kann ich das Ganze auf eine halbe Stunde beschränken, aber dann könnte man nicht auf die Bedürfnisse der Frauen eingehen. Deshalb nehme ich mir immer mehr Zeit“, erzählt Johanna Allhoff-Cramer.

Viele verbinden mit dem Beruf der Hebamme nur das Begleiten einer Geburt. Doch es steckt weit mehr dahinter. Das erfahren



Foto: Gerne

„Es wird nie langweilig, denn jede Geburt ist einzigartig“, sagt Hebamme Johanna Allhoff-Cramer

auch Paare, die zum ersten Mal ein Kind erwarten: Vorbereitungskurse, Schwangeren-Café, Akupunktur, Rückbildungsgymnastik oder Baby-Massagen sind nur einige Angebote von Geburtshäusern. Sebastian Menzel, seit zwei Wochen Vater eines Sohnes, berichtet: „Nach der Geburt können wir im Geburtshaus verschiedene Kurse machen. Wie zum Beispiel das Prager-Eltern-Kind-Programm, bei dem mehrere Paare zusammen motorische und geistige Fähigkeiten mit ihren Kindern trainieren können. So fühlen

wir uns auch nach der Geburt gut beraten und unterstützt.“ Auch Akupunktur bei einer Schwangeren erlebe beim Tag mit der Hebamme. Das Setzen der Nadeln soll vor allem der Geburtsvorbereitung und Entspannung dienen.

Zwischendurch klingelt andauernd das Telefon von Johanna Allhoff-Cramer und ich merke, dass sie während ihrer Dienstzeit dauerhaft abrufbereit ist. „Wir begleiten die Eltern von der ersten Vermutung einer Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit – das kann theoretisch auch

TIPPS & TERMINE



DONNERSTAG, 15.05.

Immer iss' was

Kaberettist Kai Magnus Sting tritt im Grammtikoff in Duisburg auf. Mitbringen tut er sich und ein neues Konglomerat neuer Anekdoten, Geistesblitze und Pamphlete.

► Ab 19 Uhr, VVK 16 Euro, Grammtikoff, Duisburg

DONNERSTAG, 15.05.

Adolf Abartig liest...

... aus dem Punkrock-Almanach von Maks Rilrecowski, der über 100 Konzerte im Ruhpott besuchte. Von den Konzerten selbst handeln die Berichte aber nur am Rande. Zwischen den Kapiteln sorgt der Liedermacher und Straßenmusikant für musikalische Untermalung.

► Ab 19.30 Uhr, Veganisierbar Essen, Breslauer Str 86, Eintritt frei

FREITAG, 16.05.

1 Nacht in Oberhausen

Einslive präsentiert verschiedenen Konzerte und Partys in Oberhausen. Unter anderem gibt es Konzerte von George Ezra, Jan Delay und Mando Diao

► Ab 20 Uhr, verschiedene Aktionen den ganzen Tag in Oberhausen.



Foto: Gerne

„Das ist wie eine andere Welt hier, so ruhig und entspannt“, so eine Mutter im Soester Geburtshaus.

zwei Jahre dauern“. Dabei entwickelt sich oft eine vertrauliche Beziehung zwischen den Eltern und der Hebamme. Die Hebamme wird oft mitten in der Nacht angerufen, um besorgten Eltern Fragen zu beantworten oder eine Geburt zu begleiten. „Manchmal kommt man schon an seine Grenzen. Es ist oft nicht einfach Privatleben und Job miteinander zu vereinbaren, denn man kann nicht eine halbe Hebamme sein.“ Ein 100-Prozent-Job also. Ist das vereinbar mit einer eigenen Familienplanung? „Ich glaube, dass

wenn man eine Familie gründen möchte, ist es wichtig einen verständnisvollen Partner an seiner Seite zu haben. Denn man muss oft auch mitten in der Nacht los“, sagt Johanna Allhoff-Cramer.

Finanziell ist es für Hebammen in den vergangenen Jahren deutlich schwieriger geworden, von ihrem Beruf zu leben. Zwischen mehreren Beratungsgesprächen mit Schwangeren frage ich Johanna Allhoff-Cramer nach der Versicherungsproblematik. „Die Tendenz, dass die Haftpflichtversicherungen für Heb-

ammen steigen, gibt es schon lange. Aber ab 2015 haben die Versicherungsunternehmen angedacht, dass sie uns gar nicht mehr versichern wollen. Das kommt einem Berufsverbot gleich, denn ohne Versicherung dürfen wir nicht arbeiten.“ Zwar sollen die bisherigen Regelungen nun bis 2016 verlängert, werden viel Erleichterung bringt das jedoch nicht: „Ab Juli 2014 steigen die Versicherungskosten für Hebammen auf 5.100 Euro im Jahr, und sie soll bis nächstes Jahr erneut um 20 Prozent steigen“, erzählt Hebamme Johanna. Das entspricht schon jetzt zwei bis drei Monatsgehältern einer Hebamme, die direkt an die Versicherung gehen.

Doch warum sind die Versicherungsbedingungen für Hebammen so drastisch? „Es gibt immer mehr Klagen gegen Hebammen. Allerdings kommen diese selten von Eltern, sondern in den meisten Fällen von Krankenkassen“, sagt Allhoff-Cramer. Sie erzählt mir, dass sobald neugeborene Kinder einen erhöhten Förderungsbedarf haben und dieser eventuell im Zusammenhang mit der Geburt steht, die Krankenkassen versuchen, Geld von den Hebammenversicherungen zurück zu bekommen. „Wenn es darum geht, dass eine Hebamme etwas falsch gemacht haben soll, dann ist sie in der Beweispflicht. Sie muss beweisen, dass sie nichts falsch gemacht hat.“ Dabei ist es unerheblich, ob überhaupt bewiesen werden kann, dass ein Fehler der Hebamme vorliegt oder nicht.

Johanna Allhoff-Cramer ist froh, dass das Thema in der Öff-

entlichkeit nun Beachtung erhält. Sie hofft, dass die Vorschläge von Bundesminister Hermann Gröhe (CDU) Anklang finden. Diese sehen vor, dass die Krankenkassen einen Zuschlag an freie Hebammen mit nur wenigen Geburten zahlen, damit sie die Kosten für die Versicherung stemmen können. Gerade diese seien nämlich hauptsächlich betroffen. „Besonders kleine Praxen mit wenigen Geburten pro Jahr haben aufgehört. Dadurch steigt auch der Fahrweg für Schwangere, besonders auf dem Land, und natürlich das Risiko, dass auch mal Kinder unterwegs geboren werden“, erklärt mir Hebamme Johanna.

Ihren Job tauschen, das würde sie, trotz der finanziellen Unsicherheit niemals: „Wenn ein Kind geboren wird, ist das immer wieder ein ganz besonderes Wunder“, so Johanna Allhoff-Cramer. „Es wird nie langweilig, denn jede Geburt ist einzigartig“.

Nach einem ganzen Arbeitstag an der Seite der Hebamme bin ich ziemlich geschafft. Auch wenn kein Kind im Geburtshaus in Soest zur Welt kam, war der Tag gut gefüllt. Auf der Heimfahrt klingen mir die Worte von Johanna Allhoff-Cramer nach, dass eine Geburt für Hebammen meistens eine intensive Arbeitszeit von 10-12 Stunden bedeutet – und das dann manchmal mitten in der Nacht, nach einem vollen Arbeitstag, wie ich ihn miterlebt habe? Klare Sache: Hebammen haben einen echten Powerjob – und als solcher muss er auch wertgeschätzt und bezahlt werden. [Gerne]

FREITAG, 16.05.

Ausstellungseröffnung: Zelle Asphaltkultur

In der Zeche Zollverein stellen bis zum 29. Juni die Künstler*innen der Zelle Asphaltkultur aus. Die Kunst des Kollektivs bewegt sich zwischen Street Art und politischer Konzeptkunst. Es gibt Dokumentationen im öffentlichen Raum zu sehen.

► Eröffnung ab 18 Uhr, Zeche Zollverein Essen, Halle 8

SAMSTAG, 17.05.

Blockupy Demo

Das antikapitalistische Bündnis Blockupy veranstaltet am Samstag eine zentrale Demonstration in Düsseldorf, um gegen die europäische und deutsche Sparpolitik zu protestieren. Die Aktivist*innen planen weitere Aktionen rund um die berühmte Kö.

► Ab 12 Uhr am Düsseldorfer HBF

SAMSTAG, 17.05.

Bang!

Mit dem Untertitel „Brot und Spiele revisited“ findet die monatliche queerparty wieder im Druckluft statt. Neben Techno, Indietronics und Rockmusik gibt es dieses Mal auch einen Floor mit Goth/Wave. Highlights sind die Sets von Tangram, Daniel Ibal und Sissys Reitertaffel.

► Ab 22 Uhr, Druckluft Oberhausen, Eintritt 6 €

MONTAG, 19.05.

Vortrag-TTIP

Fabio De Masi, Lehrbeauftragter für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht und Ismail Cebe, Gewerkschaftssekretär der DGB Jugend MEO Mülheim Essen Oberhausen über die Folgen des TTIP-Abkommens.

► Ab 19 Uhr, DGB-Haus Essen, Teichstraße 4

Kreativquartier oder Elendsviertel?

Die Viehofer Straße, nur einen Steinwurf vom Essener Campus Schützenbahn entfernt, verbindet die Universität über den Viehofer Platz mit der Innenstadt. Hier reihen sich Döner-Buden, Metal-Läden, Leerstand und kreative Projekte wie das Generationenkult-Haus aneinander. In der Vergangenheit hat der Straßenzug vor allem Negativschlagzeilen mit dem rechten Thor-Steinar-Laden „Oseberg“ gemacht. Jetzt beschwert sich Hotelier Achim Feldhordt aus dem Hotel Ambassador direkt neben dem Nazi-Laden über steigende Kriminalität, Drogen und Dreck in der WAZ. Wir haben uns die Entwicklungen in der Viehofer Straße einmal angesehen.



Eine Kirche am Abgrund: Um die Kreuzeskirche im Essener Nordviertel entsteht ein Millionen teurer Bau. (Foto: mac)

Ambassador-Hotelier Achim Feldhordt erhebt schwere Vorwürfe: Seiner Meinung nach dominierten Müllberge, Drogengeschäfte und Bettler*innen die Viehofer Straße. Gegenüber der WAZ sagte er, der gute Ruf der Viehofer Straße stehe durch die steigende Kriminalität auf dem Spiel. Tatsächlich ist das Nordviertel, in dem noch viele leerstehende Gebäude das Bild bestimmen, längst im Begriff gentrifiziert zu werden. Mit dem Generationenkult-Haus, einem Ableger des Unperfekthauses von Essens Kreativ-Investor Reinhard Wiesemann, ist bereits ein Atelier-Haus in den Straßenzug gezogen, das Farbe bringt.

Kriminalitätsrate nicht auffallend

Investor Wiesemann kann die Vorwürfe des Hoteliers jedenfalls nicht verstehen: „Die Kriminalitätsrate ist laut Auskunft der Stadt nicht auffallend, das ist auch meine Erfahrung“, sagt Wiesemann. „Ich habe massenweise persönliche Erfahrungen, dass Menschen, die ‚unüblich‘ aussehen, im Gespräch hoch interessant und freundlich sind. Man muss da manchmal über seinen Schatten springen“, so Wiesemann weiter. Statt Sozialchauvinismus verweist Feldhordts Konkurrent also auf ein gemeinsames Miteinander, zum Beispiel durch Nachbarschaftstreffen.

Aufeinander zugehen, das reicht der Essener CDU nicht. Sie fordert mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt bis zu Videoüberwachung auf der Viehofer Straße. Dabei passt der Hilferuf des Hoteliers gerade genau in den Law-and-Order Wahlkampf, den die konservative Partei betreibt (akduell berichtete). Die Polizei dagegen ist mit ihrem jetzigen Konzept zufrieden und betont sinkende Kriminalitätszahlen. „Wir haben den Bereich nördliche Innenstadt bereits seit vielen Jahren im Blick. Deshalb hat die Zahl der Straftaten stark nachgelassen“, so Polizeisprecher Lars Lindemann. Und: „Wir können uns nicht nur auf eine Straße konzentrieren und deshalb andere Aufgaben vernachlässigen“, so Lindemann weiter.

Finanzkräftige Kreative

Neben der übertriebenen Forderung nach mehr Polizeipräsenz tut sich gerade ohnehin viel im einst gemiedenen Viertel. Gentrifizierung heißt der Prozess, der derzeit in der Nordstadt passiert. Dabei erobern Kreative ein bis dahin vernachlässigtes Viertel, bringen Kultur in die Straßen und sorgen so für eine Aufwertung. Schon 2010 hatten Künstler*innen das leer stehende DGB-Hauses besetzt. Damals wurden die Besetzer*innen, die mehr Ideale als Geld hatten,

aber von der Stadt geräumt. Mit Reinhard Wiesemann ist jetzt ein finanzkräftiger Kreativer losgezogen, um den Stadtteil aufzuwerten. „Wir sind ein Pioniergebiet, das jahrelang heruntergekommen ist und nun unter anderem deshalb enorme Möglichkeiten für neues Denken, neue Aktivitäten bietet“, so Wiesemann.

Und so investiert der kreative Investor fleißig in die Nordstadt: Er plant das „Kreativquartier City Nord.Essen“. Den Anfang machte das Generationenkult-Haus, das ein Café mit Co-Working und gemischten Wohngemeinschaften aus Alt und Jung verbindet (akduell berichtete). Daneben soll jetzt in dem ehemals von Künstler*innen besetzten DGB-Haus das Unperfekthotel entstehen. Hier sollen zahlungskräftige Messe-Besucher*innen in einem schicken Stadthotel die kreativen Projekte Wiesemanns finanzieren.

Massive Investitionen

Angezogen vom nunmehr künstlerischen Charme der Nord-Stadt investiert jetzt auch die Wohnungsbau-Gesellschaft Allbau AG. Und das nicht zu knapp: Für rund 53 Millionen Euro soll bis 2016 in der Kastanienallee und Rottstraße das „Quartier Kreuzeskirche“ entstehen. Hier sollen die Hauptverwaltung von Allbau, Büros, 45 Barrierefreie Wohnun-

gen, sowie 50 Studierendenwohnungen nach höchsten Standards entstehen. Dafür wurde bereits das leerstehende Parkhaus in der Rottstraße abgerissen. Und auch Allround-Unternehmer Wiesemann hat wieder seine Finger im Spiel: Er hatte 700.000 Euro für die Sanierung der Kreuzeskirche gestiftet, in der zukünftig auch nicht-christliche Veranstaltungen stattfinden sollen.

Solange die Bauten noch in der Entstehungsphase sind, bleibt das Nord-Viertel eine derbe Mischung aus Metal-Läden und Döner-Buden. „Man kann nicht alles gleichzeitig haben, ein schickes, aufgeräumtes Viertel und viele Chancen für Kreative, Künstler, Gründer. Ich genieße es sehr, was die City-Nord an preiswerten Möglichkeiten für aussergewöhnliche Projekte bietet“, sagt Wiesemann. Fragt sich nur, wie lange die nördliche Innenstadt nach den massiven Investitionen preiswert bleibt. Denn ist ein Viertel erst einmal aufgewertet, steigen meist auch die Mietpreise und die Künstler*innen, die einst erschwinglich wohnten und arbeiteten, werden von einer wohlhabenderen Klientel verdrängt. In Essen geschieht die kreative Aufwertung aber nicht eigenständig, sondern mehr von oben nach unten, indem Unternehmer*innen mit hohen Investitionen Kultur schaffen. [mac]

(Verg-)Essener Blutsonntag

1967: Während einer Demonstration stirbt der Student Benno Ohnesorg durch die Kugel eines Polizisten. Seither ist es sein Name, der als erster mit dem Thema Polizeigewalt in Verbindung gebracht wird. Doch Ohnesorg war nicht der erste Aktivist, der von der deutschen Polizei erschossen wurde. Vor 62 Jahren starb Antifaschist und KPD-Mitglied Philipp Müller in Essen durch die Schüsse eines Polizeibeamten.

Am Sonntag haben Menschen dem Friedensaktivisten Philipp Müller aus München gedacht, der am 11. Mai 1952 während einer Demonstration in Essen getötet wurde. Der Tag, an dem Polizisten auf Müller und zwei seiner Freunde schossen, ist als „Essener Blutsonntag“ in die Geschichte eingegangen und wird von einigen linken Aktivist*innen als Mahntag begangen. Doch Abseits davon verschwindet das Gedenken immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung: 2012 wurde eine der letzten Philipp-Müller-Straßen in Willy-Brandt-Straße umbenannt.

Die deutsche Wiederbewaffnung

Was genau geschah aber an jenem Sonntag 1952? Sieben Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs war Deutschland von den Alliierten offiziell entmilitarisiert und in Besatzungszonen aufgeteilt worden. Mitte der 50er Jahre wurde in den deutschen Parteien der Wunsch immer lauter, die Bundesrepublik wieder mit eigenem Militär zu bewaffnen. Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte in einem geheimen Memorandum an die Alliierten, dass Deutschland bereit sei, einen Teil zu einer „europäischen Armee“ beizutragen. Ein entsprechender Vertrag über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ sollte am 26. Mai 1952 unterzeichnet werden.

Gleichzeitig entstand eine breitgefächerte Friedensbewegung, die sich gegen jede Remilitarisierung in Deutschland aussprach: Von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen. Dazu gehörten Gewerkschafter*innen, Kommunist*innen, Christ*innen und viele weitere Gruppen. Auch Philipp Müller war als Mitglied



(Foto: Uwe Hixsch, flickr.com/ CC BY-NC-SA 2.0)

der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) einer der Aktivist*innen, die gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik protestierten. Er engagierte sich besonders im Münchner „Sozialistischen Jungarbeiter Aktiv“, einem Bündnis bestehend aus Falken, Jusos und FDJ. Die einstimmige Forderung lautete: Nie wieder Krieg!

Im März 1952 rief der evangelische Pfarrer Herbert Mochalski zur „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“ auf, die am 11. Mai in Essen stattfinden sollte. Einen Tag vor der Veranstaltung verbot der damalige christdemokratische NRW-Innenminister Karl Arnold die Kundgebung, vorgeblich weil nicht ausreichend Polizeikräfte zur Verfügung standen. Dennoch fanden sich über 30.000 Aktivist*innen zu unterschiedlichen Kundgebungen in Essen ein. Die meisten Veranstaltungen wurden schnell von der Polizei aufgelöst, lediglich die Demonstrant*innen vor der Grugahalle widersetzten sich und bestanden auf ihr Demonstrationsrecht. Im weiteren Verlauf wurden die Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizist*innen immer hitziger – Steine flogen, Warnschüsse wurden abgegeben. Ein Aktivist berichtet später, auf Seiten der Polizei den Befehl „Feuer frei“ gehört zu haben. Wenig später ging Philipp Müller zu Boden. Auch der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze und der Gewerkschafter Alber Brettbauer wurden getroffen, überlebten die Verletzungen jedoch. Für

Müller, der durch den Rücken direkt in Lunge und Herz getroffen wurde, kam jede Hilfe zu spät. Er wurde 21 Jahre alt.

Polizeigewalt als Notwehr?

Das Landgericht Dortmund stufte die Polizeischüsse damals als Notwehr ein. Die dreimalige Warnung Seitens der Polizei sah das Gericht als ausreichend an: Es „musste von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden“, so das Gericht am 2. Oktober 1952. Unmittelbar nach der Tötung Müllers beantragten die Landtagsabgeordneten der KPD eine Untersuchungskommission. Diese wurde, ebenso wie ein weiterer Antrag im Bundestag, vom Parlament abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft sah sich ebenfalls nicht verpflichtet, ein Verfahren gegen den Todesschützen einzuleiten.

Das, was Müller und alle Protestierenden vor über 60 Jahren verhindern wollten, wurde in den folgenden Jahren mit aller Macht durchgesetzt und hat sich bis heute immer stärker entwickelt. Die Bundeswehr dringt immer weiter in den Alltag der Menschen ein: In der Bravo und im Fernsehen schaltet sie Werbung, in Job Centern und an Schulen wirbt sie Soldaten. Darüber hinaus gab die Bundesrepublik alleine 2013 31,7 Milliarden Euro für die Rüstungsindustrie aus – das ist der zweitgrößte Haushaltsposten! Doch der Wunsch und die Forderungen der Friedensbewegung von 1952 ist, mit Blick auf die Ukraine und die deutsche Afrikapolitik, aktueller denn je. [DanKe]

KURZMELDUNGEN

NSU-Untersuchungsausschuss in NRW?

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) verübte zwischen 2001 und 2006 drei Anschläge in NRW: Zwei in Köln und einen in Dortmund. Deshalb fordern die Piraten jetzt, dass der nordrhein-westfälische Landtag einen eigenen Untersuchungsausschuss zu den Anschlägen einsetzt. In anderen Bundesländern wie Thüringen oder Bayern ist das bereits der Fall. Bislang lehnen das jedoch alle Parteien außer der CDU ab, da sie nicht davon ausgehen, dass durch einen Ausschuss in NRW neue Erkenntnisse gewonnen werden könnten.

250 Aktivist*innen gegen Neonazis in Dortmund

Am vergangenen Samstag haben sich rund 250 Nazi-Gegner*innen gegen 40 Faschist*innen gestellt. Dort hatte die Partei „Die Rechte“ auf dem Münsterplatz eine Standkundgebung abgehalten. Eine Demonstration wurde den Rechten im Vorfeld nicht erlaubt. Das Bündnis „BlockaDO-Gemeinsam gegen Nazis“ hatte gegen die Standkundgebung der rechten Partei mobilisiert. Dadurch übertrönten die zahlreichen Gegendemonstrant*innen die Neonazis mit Trillerpfeifen und Sprüchen.

Gewalt bei der AfD

Die rechtspopulistische Partei ist in den vergangenen Wochen durch Angriffe von Partei-Mitgliedern auf politische Gegner*innen in Bochum, Bonn und Münster aufgefallen. In Bochum bedrohte der AfD-Kreisverbandssprecher Johannes Paul einen Antifaschisten mit einer Schreckschusswaffe. In Bonn wurde die Fraktionsvorsitzende der Liste Undogmatischer StudentInnen im Studierendenparlament, Jana Klein, von einem AfD-Mitglied durch Faustschläge und Knietöße verletzt. In Münster bedrohten sechs aggressive AfD-Sympathisanten Gegendemonstrant*innen und einen Journalisten am Rande

Toilet-Trouble um Unisex-Klos



(Foto: rvr)

Stell dir vor, in S-Bahnen gäbe es Männer- und Frauenabteile, in Bibliotheken nach Geschlecht getrennte Lesesäle oder im Restaurant genderspezifische Speiseecken. Eine krude Vorstellung, oder? Und doch gibt es sie, die nach Männlein und Weiblein getrennten Zonen in unserer Gesellschaft. Zum Beispiel in Umkleidekabinen, Sportstudios und öffentlichen Toiletten. Gerade letzteres Beispiel war immer mal wieder in den Medien, weil Städte und Bezirke wie zum Beispiel Berlin Friedrichshain-Kreuzberg Unisex Toiletten eingeführt hatten. Wobei die meisten Kommentator*innen richtig ins Klo griffen.

Denn manche Menschen wittern überall angebliche „Political Correctness“, wo es eigentlich um den Abbau von Diskriminierungen geht. Da wird um das privateste Örtchen, die Kloake, erbittert gekämpft. Sie argumentieren, dass getrennte Toiletten nötig seien, weil Männer eben stehen und Frauen sitzen. Als könnten Männer nicht sitzen oder zielen. Und überhaupt: Wie soll man(n!) überhaupt ein WC erkennen, wenn keine kleinen Männchen mit und ohne Rock darauf hinweisen? Als könnten Männer keine Röcke tragen. Dass Trans*-Menschen, und vor allem diejenigen, die sich nicht klar auf eine Geschlechterrolle festlegen können oder wollen, durch dieses duale System diskriminiert werden, ist vielen dabei egal.

Und doch gibt es Vorreiter*innen, die sich für ein geschlechtsneutrales Geschäft einsetzen. Universitäten haben teilweise schon Unisex-Latrinen eingeführt haben. Dabei stellen sich viele mit der Beschilderung so ungeschickt an, dass es schon komisch wird. Männlein, denen der Rock in der Mitte durchgeschnitten wurde, sind so ein Beispiel. Nicht nur, dass sie etablierte Stereotype wiederkauen, hier wird versucht, Gender-Theorie anhand eines kleinen Schildes darzustellen. Sam Killermann vom Blog „It’s pronounced METROsexual“ schlägt vor: Auf Toilettenschildern einfach mal Klos abbilden. Die sind genderneutral, fördern keine Geschlechtertrennung und sie stellen das dar, was sie sind: Ein Pott. In diesem Sinne: Deckel zu. [kac]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydank
Anschrift: akduell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: , Alex Grossert (aGro), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe), Maren Wenzel (mac/kac), Jules El-Khatib (JJ), Rolf van Raden (rvr)
Comic: Sebastian Happ
Vi.S.d.P.: Daniel Kerekes (DanKe)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

		5	4	9		1		
			2		5		8	7
1			8					
2				9	6	5		
3								1
	1	6	5					2
				2				9
9	6		3		8			
		3		5	7	8		

HLP! #58 - DAS WAR KNAPP, NÄCH?

